

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.  
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström), für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

№ 56

Neuenbürg, Montag den 8. März 1920

78 Jahrgang

## Deutschland.

**München, 5. März.** Das bayerische Landwirtschaftsministerium hat für die Lebensmittelerzeugung militärische Hilfe in so fernem Umfang angeordnet, daß ein Widerstand nicht mehr zu denken ist. Rationierungskontrollen sind bereits unter militärischem Aufgebot erfolgt.

**Berlin, 6. März.** Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, ist als Befehlshaber in Mexiko Graf Adolf Montgelas in Aussicht genommen, der während des Krieges als Vortragender Rat im auswärtigen Amt besonders auch das Referat über Amerika hatte und nach Verleihung des unbeschränkten II-Bootskriegs von seinem Posten zurücktrat und nach der Schweiz ging.

### Deutsche Nationalversammlung.

**Berlin, 6. März.** Die Nationalversammlung hat gestern das Gesetz über die Strafbefreiung von Kriegsverbrechern in dritter Lesung erledigt. Der Annahme ging der vaterländische Kontrahent der geistliche Ausspruch aus, nicht ganz eingehalten. Der deutsch-nationale Abgeordnete Düring hat beantragt, sich nicht damit, für seine Fraktion die Ablehnung der Vorlage anzusprechen, sondern beantragt die Befreiung zu einem parteipolitischen Vorstoß, der dann während der Rede des Reichsministers Schiffer noch durch geschickte Zwischenrufe des Abgeordneten Große unterbrochen wurde. Später unternahm es dann der demokratische Abgeordnete Hall, in frischen Sätzen das Verhalten der Deutschnationalen zu charakterisieren, die Regierung und die Nationalversammlung parteipolitischen Wankgeschichten zu setzen. Am Schluß der Sitzung wandte sich das Haus der Beratung des Landessteuergesetzes zu, von welchem noch die ersten 5 Paragraphen angenommen wurden.

### Ueber das Reichstagswahlrecht.

**Berlin, 5. März.** Reichsminister Dr. Koch machte heute den Vertretern der Presse Mitteilung über den Inhalt der Gesetzesvorlage betreffend das Reichstagswahlrecht. Es sei beachtenswert, die Größe der Wahlkreise elastisch zu machen in der Weise, daß drei bis sechs Wahlkreise zu einem Wahlverband zusammengefaßt werden, innerhalb dessen jede Partei zu bestimmen habe, wie weit sie diesen Wahlbezirk zu einer einheitlichen Wahlliste zusammenfassen wolle. Die Wahlverbände würden mit einigen Ausnahmen etwa den heutigen Wahlbezirksgrenzen entsprechen. Bei der Bestimmung, daß auf 6000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, soll es verbleiben. Ferner soll es eine Reichsliste geben, die große Vorzüge habe. Sie ermögliche die Wahl von Leuten, die ohne Fälschung mit einem bestimmten Wahlkreise durch ihre hervorragenden Eigenschaften erwählt seien. Von Einzelwahlen seien noch hervorzuheben, die Einführung von Wahlpartei, statt Wählerlisten in den Städten und Wahlbüros für Vereine wie Binnenschiffer, Handlungsbefreiende und Eisenbahnbeamte, endlich das Wahlrecht der Auslandsdeutschen.

### Groß-Groß-Vertrag.

**Berlin, 5. März.** Im Beginn der heutigen Sitzung erwidert der Vertreter des Reichsanwalts Justizrat Dr. v. Gordon in längerer Ausführungen auf die Klage des Staatsanwalts (Schiff) und des Verteidigers Dr. Desiderius und zwar im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches, da der Wahrheitsbeweis mangelhaft sei.

Darauf ergriff Rechtsanwalt Friedländer das Wort und schloß Erzberger als einen tadellosen, ungemein fleißigen, um sein Vaterland sehr verdienten Mann. Er habe kein Sprungbrett zum Weiterkommen zur höchsten politischen Höhe gehabt, sondern sich durch rastloses Fleiß emporgearbeitet und seine Arbeit und Tatkraft nur im Sinne seines Vaterlandes arbeiten lassen. Was Erzberger getan habe, sei nichts Unsaubereres. Es könne vielleicht hier und da nicht als tadellos bezeichnet werden, aber es liege nichts vor, was dazu berechtige, ihn aus der Gesellschaft der anständigen Menschen zu stoßen. In keinem Fall sei festzustellen, daß Erzberger heimlich oder gewissermaßen hinter dem Rücken sich geschäftlich zugunsten seiner eigenen Tasche betätigt habe. Nach einer von ihm aufgemachten Aufzählung habe Erzberger aus seiner Tätigkeit bei Teubner, bei Anshut, bei Berger, Romack, bei der Dapag etwa 195 000 Mark verdient, wovon noch 60 000 Mark abgingen, die er bei Teubner verlor habe. In einem Zeitraum von 9 Jahren habe also dieser angeblich als Schwerverdiener angesehene Mann 135 000 Mark verdient. Wenn das Gewicht von dem, was er ausgeführt habe, sich nicht ganz überausen lasse — was ihm nicht verhandlich wäre — dann wäre es doch richtiger und wichtiger, den Angeklagten ganz frei zu sprechen, oder, falls es nur eine Verurteilung annehmen wolle, eine Verurteilung zu 5 oder, wenn man die nichtvorhandenen Erzbergerischen Millionen gegen die Desideriuschen Millionen abwägt, zu 10 Mark anzusprechen, damit jedermann sehe, das Gericht habe eigentlich freisprechen wollen. Ein Mittelweg gebe es nicht. Das Gesamtbild der Persönlichkeit Erzbergers könne unmöglich zu dem Urteil führen, daß der Wahrheitsbeweis gelungen sei.

Nach diesem dreißtündigen Plaidoyer wurde die Sitzung auf Montag vormittag vertagt. Dann sollen die Repliken, eventuell auch die Replik Erzbergers stattfinden.

### Die nächsten Ziele unserer auswärtigen Politik.

**Berlin, 6. März.** Graf Bernstorff hielt gestern in der hohen Universität einen Vortrag über die Ziele unserer auswärtigen Politik. Es müsse die Hauptaufgabe der neuen deutschen Diplomatie sein, den Kampf gegen den Entente-Imperialismus anzunehmen, damit der Versailles-Vertrag in seiner ursprünglichen Form die letzte Orgie des rassen imperialistischen Weltkriegs bleibe. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten wir unsere Teilnahme in den Völkerverbund zu erlangen suchen. Wir müßten die Entente überzeugen, daß wir Nachhilfe brauchen, um arbeiten und unseren Wiederherstellungsoverrichtungen nachkommen zu können, und daß wir zum Aufbau von Volkswirtschaften die benötigten. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß die nächste auswärtige Politik nur in Einigkeit mit allen Völkern zustande kommen und daß es bei der neuen Diplomatie gelingen würde, eine scharfe Linie zu ziehen, um mitanzuerken, daß unser Vaterland sich die Stellung wieder erwerbe, die es verdiente.

## Schutz des parlamentarischen Systems.

Unter dem Eindruck des nun dem Ende entgegengehenden Prozesses Desferich-Erzberger stellt Professor Gerland-Yena nach Rücksprache mit angesehenen demokratischen Parteifreunden im „Berliner Tageblatt“ folgenden Gesetzesvorschlag zur Erörterung:

### § 1.

Jeder Wahlberechtigte, dessen Name auf einen Wahlvorschlag gesetzt wird, hat dem Wahlleiter anzugeben, an welchen wirtschaftlichen Unternehmungen er in der Verwaltung (Vorstand, Aufsichtsrat) oder als Angestellter (Syndikus und dergleichen) beteiligt ist. Der Wahlleiter hat diese Angaben mit dem Wahlvorschlag zu veröffentlichen.

Beschwerden eines im Absatz 1 bezeichneten Verhältnisses zieht den Verlust des Mandates nach sich.

Unter wirtschaftlichen Unternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind zu verstehen Unternehmungen von Einzelkaufleuten, offene Handelsgesellschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktienkommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kartelle und Trusts.

### § 2.

Durch die Ueberrahme einer im § 1 bezeichneten Stellung erlischt das Mandat.

### § 3.

In das Reichstagsgesetzbuch werden folgende Bestimmungen neu eingeführt:

§ 30a: Wer es unternimmt, ein Mitglied einer gesetzgebenden Versammlung des Reiches oder eines Landes oder einer Selbstverwaltungsgesellschaft (Provinzen, Kreise, Bezirke, Gemeinden) durch Geschenke oder Unterstützung oder Gewährung von anderen wirtschaftlichen Vorteilen in der Ausübung seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu beeinflussen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

§ 30b: Wer als Mitglied einer im § 30a bezeichneten Versammlung Geschenke oder andere wirtschaftliche Vorteile annimmt, von denen er weiß, daß sie ihm in der Absicht gewährt sind, ihn zu einem Mißbrauch seiner Tätigkeit als Volksvertreter zu bestimmen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren unter gleichzeitiger Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.

### Hindenburg — Reichspräsident?

Reichsmarschall von Hindenburg hat in Hannover eine Anrede an die hiesigen Männer des öffentlichen Lebens empfangen und an ihre Anfrage sich bereit erklärt, bei den kommenden Wahlen für das Reichspräsidentenamt sich aufstellen zu lassen. Eine Parteikandidatur ist für ihn ausgeschlossen. Für seine Wahl treten außer der Reichsliste auch viele bürgerliche Schichten der gegenwärtigen Mehrheitskoalition ein. (Südd. Zig.)

### Aufhebung des Verbotss für Lehrerinnen in Preußen.

**Berlin, 6. März.** Der preussische Kultusminister hat bestimmt, daß die Lehrerinnen in deren Berufsurkunden die Aufhebung ihrer Anstellung für den Fall der Verheiratung vorbehalten ist, nach ihrer Verheiratung auf Wunsch einseitigen auftragweise und widerspruchslos im öffentlichen Schuldienst weiter beschäftigt werden. Fortan ist in den Berufsurkunden der genannte Vorbehalt nicht mehr aufzunehmen.

### Wahlrecht.

Dem in Cleveland (Ohio) erscheinenden Wächter und Anzeiger entnehmen wir folgende Notiz:

City-Amerikanisierung-Direktor Wiles ist ein Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Gelegentlich einer Ansprache in einer Fabrik sagte Wiles u. a.: „Der Mann, der seine Mutterfrage vergißt, wenn er Englisch lernt und dabei die Erinnerungen an sein eigenes Vaterland, in dem seine Wurzeln sind, über Bord wirft, lernt wahrscheinlich die englische Sprache und eignet sich amerikanische Sitten und Gebräuche an. Aber er wird nie mit der Zeit vergehen, gerade wie er die Sprache und die Gesichte seines Geburtslandes vergesse hat. Lerne Englisch, aber vergesse eure Mutterfrage nicht! Lerne Amerika kennen, aber bleibe in Verbindung mit allem, was unser erstes Vaterland lieb und wert für Euch macht!“

### Die Berliner Elternräte.

Die kürzlich durch die Blätter gegangene Notiz über das Ergebnis der Wahl der Elternräte an den Volksschulen von 20 Groß-Berliner Gemeinden war nichtig. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, waren die zum 1. März die Ergebnisse aus den 20 Gemeinden folgende: Die Liste der Mehrheitspartei hatte 392, die der Unabhängigen 860 und die der Unpolitisch-Christlichen 1219 Elternräte auf.

## Ausland.

**Rotterdam, 6. März.** Die „Times“ meldet, daß das Manifest über die Leuerung und den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, das der Oberste Rat aufgestellt habe, augenblicklich der französischen Regierung zur Genehmigung vorliegt. Rittschlag vor, daß die Alliierten vor allem Deutschland bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung helfen sollten. Alle an Deutschland gestellten Forderungen sollten diesem Ziel untergeordnet werden. Die französischen Delegierten hätten jedoch darauf bestanden, daß der Wiederaufbau der verwüsteten französischen Gebiete mindestens das gleiche Interesse bei den Alliierten zu beanspruchen habe. Wood George schloß sich in diesem Fall der Ansicht Rittschlags an. Der französische Änderungsantrag wurde schließlich angenommen.

### Die Arbeitspflicht in Sowjet-Rußland.

Auf dem letzten Kongreß des allrussischen Volksrates ist ein Komitee für allgemeine Arbeitspflicht eingesetzt worden, dem Derzhinski vorsteht. Die Aufgabe des Komitees wird die Beschaffung der von den einzelnen Organisationen angeforderten Arbeitskräfte durch zwangsweise Anwerbung und Anweisung sein. Dem Hauptkomitee unterstehen Generalkomitees und Kreis-Komitees. Das Hauptkomitee wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung, in dem es heißt: „Die Schaffung einer viele Millionen großen überzähligen Armee ist unser Ziel. Arbeit ist jetzt die heilige Pflicht eines jeden Bürgers. Folgendes:

die nicht arbeiten, vernichten die Kinder, vermehren den Dungen und die Krankheiten und morden die Witwen.“

### Der Kuffernaufstand in Südafrika.

**London, 6. März.** Meldungen aus Johannesburg zufolge sind die Kaffern im allgemeinen mit der Einigung, die mit den Weißen befreit wurde, nicht einverstanden. Ein Teil widersetzte sich der Verhandlung und hat neue Unruhen hervorgerufen, wobei es eine größere Anzahl Toter und Verwundeter gab. Durch Verstärkung der Polizei werden die Kaffern jetzt in Schach gehalten.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg, 6. März.** Auf das prächtige Frühlingswetter der letzten Wochen ist gestern Regenwetter eingetreten dem in der Nacht von Sonntag auf Montag Schnee folgte, der Tal und Höhen bedeckte, die ganze Gegend in eine Winterlandschaft verwandelt und ununterbrochen anhielt. Für die bevorstehende Natur dürfte, solange keine Kälte eintritt, kaum ein Nachteil entstehen.

**Neuenbürg, 6. März.** (Der Tag der 40 Ritter.) Einer der bekanntesten Kostage ist der Tag der 40 Märtyrer, deren Gedächtnis auf den 9. März fällt. Das Volkachtet noch heute auf die Witterung dieses Tages besonders; denn es glaubt, daß sich das Wetter an diesem Tage für die ganze nächste Zeit festlege. Wie die 40 Ritter einreiten, so reiten sie auch wieder hinaus, sagt eine alte Regel. Ist es um diese Zeit trüb und regnerisch, so soll auch die nachfolgende Zeit sich so gestalten. Derrschtritttritt, sonniges Wetter, so soll man 40 Tage lang durch schönes Wetter erfreut werden. „Frieris an Märtyrertage recht, so frieris noch 40 Nächte.“ Diese Regeln beruhen jedoch auf altem Aberglauben; sie zeigen nur, wie gerade der Landmann in dieser Zeit auf die Witterung achtet, da er sich ansieht, das Feld wieder zu bestellen und dem Boden die goldene Saat anzutruhen. Gute Hoffnungen und Wünsche steigen gerade in diesem Jahr auf, und lange Befürchtungen zwischen sich drein. Allein, es ist unnötig, sich schlimmen Gedanken hinzugeben, wenn einmal der Tag der 40 Ritter schlimmes Wetter oder Mißfall zu Kälte gibt. Nicht selten folgt dann noch ein gutes Frühjahr.

**Neuenbürg, 6. März.** (Verwundetenabzeichen.) In dem Kreise der entlassenen Frontkämpfer und heimkehrenden Kriegesgefangenen, besteht vielfach die Unkenntnis über die Bedingungen zur Erlangung des Verwundetenabzeichens. Es sei deshalb an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß derartige Anträge an die Versorgungsstelle Calw (früher Bezirkskommando) einzureichen sind. Im Sinne einer raschen Erledigung ist es erforderlich, daß die Anträge enthalten: Namen, Dienstgrad, letzten Truppenstand, Zeit und Ort der Verwundung, sowie evtl. Zeugen sofern die Verwundung nicht aus den Militärpapieren hervorgeht. Die Militärpapiere müssen allen Anträgen beigelegt werden. Mandat verdienten Frontkämpfer, der Mißbrauch auf dieses Abzeichen hat und aus irgend einem Grunde nicht verliehen werden konnte, ist Gelegenheit geboten von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen.

**Calmbach, 6. März.** (Vingefandt.) Am heutigen Fleischverkaufstag machten viele Fleischhändler sich mit der letzten Fleischkarte begnügen, da die Metzger den kurzen Fleischabend, es gibt heute kein Fleisch, weil das ganze zugewiesene Vieh auf die Freibank kam. Dieses ist jetzt der zweite Fall bei dieser Kartensperiode. Wie kommt es, daß die Gemeinde Calmbach nur Freibankfleisch erhält und dafür keinen Ersatz? Es haben jetzt viele Kartenshaber für diese abgelaufenen drei Wochen sage und schreibe 160 Gramm Fleisch erhalten. Es wäre nun an der Zeit, daß sich der Lebensmittelanschaff mit dieser Angelegenheit befaßt und dafür sorgt, daß den Kartenshabern, die für drei Wochen 160 Gramm Fleisch erhalten haben, noch was Abwasch der Karten auch ein Stück Vieh zugewiesen wird, wenn Ruhe und Ordnung soll weiter aufrecht erhalten bleiben. Was sollen sie wohl ihre Fleischkarten abgeben?

Mehrere Calmbacher Bürger.

## Wege und Ziele der deutschen inneren und äußeren Politik.

Vortrag von Landtagsabgeordneter Hofst. Stuttgart gehalten in der Deutsch-demokratischen Partei Neuenbürg.

Was haben wir in den letzten Jahren und in den Kriegsjahren nicht alles erlebt! Wir haben Tage erlebt der größten nationalen Begeisterung, Tage größter nationaler Taten und dann wiederum Tage der Niederlagen, Tage der Herrichtung, der Schmach und der Not. Wir haben einen Friedensvertrag unterzeichneten müssen, von dem das Wort des alten Römers gilt, der einst sagte: „Wir haben ihnen nichts gelassen, als die Augen, damit sie ihr Unglück beweinen könnten!“ Einen Friedensvertrag, der wie eine Eisenkaut an unserer Kehle sitzt, der England mehr gab, als es erhoffte. Wie soll das deutsche Volk so weiter leben? Die Antwort ist einfach: Es kann so nicht leben. Was wir heute durchmachen und durchleben, ist nur eine Wiederholung dessen, was sich vor zwei Jahrtausenden an den Küsten des Mittelmeeres zutrug. Wie damals die Griechen unter den Schwertkriegen der Römer zusammenbrachen, so sollen die Deutschen unter dem Druck der Angelfachen zusammenbrechen. Dieses Bild darf nicht Wirklichkeit werden; unser ganzes Sinnen und Trachten muß darauf gerichtet sein, daß es keine feste Gestalt annimmt. Dazu ist notwendig, daß wir in Deutschland neue Wege gehen, nach außen und auch nach innen zu erneuern.

Wie sollen wir das anfangen? Die einen auf der Rechten sagen: Kehrt zurück zur alten Ordnung, schafft die Monarchie, die alte Verfassung, die alten Gesetze wieder her. Wir sind in 40 Jahren unter der Monarchie groß geworden; wir brauchen nur den Boden da wieder anzukultivieren, wo er 1914 abgerissen wurde, und alles ist wieder gut. Diejenigen, die so reden, treiben eine Politik der Gefühle der Romantik. Sie zeigen in den Versammlungen ihren Zuhörern die Wälder, wie sie von der untergehenden Sonne beschienen sind und nun goldumglänzt vor unser Auge treten. Sie rechnen nicht damit, daß die Menschen während des vierjährigen Krieges und der Revolutionszeit innerlich andere geworden sind und daß es unmöglich ist, die Gedanken und die Gesinnung wieder in das alte Geleise zurückzuführen.







